

Dienstag (Vormittag), 12. März 2019 / Mardi matin, 12 mars 2019

Erziehungsdirektion / Direction de l'instruction publique

50 2018.RRGR.207 Motion 072-2018 Kullmann (Hilterfingen, EDU)
Prävention im Bereich Loverboy-Problematik und Menschenhandel an Schulen
Richtlinienmotion

50 2018.RRGR.207 Motion 072-2018 Kullmann (Hilterfingen, UDF)
Proxénétisme à la loverboy et traite d'êtres humains : prévention dans les écoles
Motion ayant valeur de directive

Der Vizepräsident, Hannes Zaugg-Graf, übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président Hannes Zaugg-Graf prend la direction des délibérations.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zum Traktandum 50. Es handelt sich um eine Motion von Grossrat Kullmann. Ich gebe ihm das Wort. Wir führen eine reduzierte Debatte.

Samuel Kullmann, Hilferfingen (EDU). Für mich ist es nicht ganz einfach, innerhalb von wenigen Minuten das Thema zu behandeln, mit welchem ich mich seit zehn Jahren ziemlich intensiv auseinandersetze, nämlich das Thema Menschenhandel beziehungsweise ein Aspekt davon. In diesem Rat wurde das Thema 2006 zum ersten Mal debattiert. Zwischen 2006 und 2008 gab es gesamthaft acht Vorstösse, weil man entdeckte, dass dies ein Problem ist, da muss man etwas machen. Danach trat 2013 das Gesetz über das Prostitutionsgewerbe (PGG) in Kraft, mit welchem man versuchte, den Menschenhandel im Kanton Bern einzudämmen. Seither ist es in diesem Rat sehr ruhig geworden um das Thema Menschenhandel. Man könnte vielleicht meinen, es sei nicht mehr ein so grosses Problem, oder es sei viel besser geworden. Doch dem ist leider nicht so. Es wird sicher viel gute Arbeit geleistet, aber man muss davon ausgehen, dass Verbrechen im Zusammenhang mit Menschenhandel weiterhin zunehmen und dass das, was nach ein- oder zweijähriger Ermittlungszeit von Spezialisten der Kantonspolizei an Menschenhandlungen aufgedeckt wird, nur die Spitze des Eisbergs darstellt. Dazu kommt auch, dass es neue Formen von Menschenhandel gibt, dass sich diese breit machen. Um eine dieser neuen Formen geht es in diesem Vorstoss, nämlich um die sogenannte Loverboy-Problematik. Die sogenannten Loverboys sind vielleicht nicht Mafiabosse, wie man meinen könnte, welche Zuhälterringe kontrollieren. Es sind vielmehr junge Männer, vielleicht selbst kaum volljährig, die aber trotzdem brutale Menschenhändler sind. Sie haben eine spezielle Vorgehensweise, die so aussieht, dass sie sich auf unsichere, junge, oft minderjährige Mädchen stürzen und ihnen die grosse Liebe vorgaukeln, ihnen die Aufmerksamkeit und Anerkennung geben, welche sie vielleicht ihr Leben lang vermisst haben. Ist das Mädchen nachher unsterblich verliebt in den sogenannten Loverboy, wird dieses von ihm Schritt für Schritt sozial isoliert, von Freundinnen, von der Familie, und Schritt für Schritt in die Prostitution hineingeführt. Was man sich kaum vorstellen kann, passiert. Es passiert zunehmend auch bei uns im Kanton Bern. Es sind bereits 21 Meldungen zu solchen Vorfällen mit Loverboys eingegangen, die Hälfte davon im Kanton Bern. Ich muss auch hier daran erinnern, dass es lediglich die Spitze des Eisbergs ist. In Holland, wo man dies seit Längerem kennt, gibt es schon viele spezialisierte Einheiten bei der Polizei. In den Schulen ist man an diesem Thema dran, und es ist an der Zeit, dass auch wir im Kanton Bern das Thema ernst nehmen, weil es auch hier immer mehr vorkommt. Ich danke dem Regierungsrat, dass er bereit ist, dieses Thema wirklich ernst zu nehmen, und ich weiss auch, dass es Regierungsrätin Häsler ein grosses Anliegen ist. Zwischen 2006 und 2008 kam von ihr ein entsprechender Vorstoss, die Motion «Wirksames Engagement gegen Menschenhandel und Missbrauch» (M 166-2007). Die Forderungen meiner Motion lauten Aufklärung und Sensibilisierung im Bereich Menschenhandel und Loverboy-Problematik, gerade auch an Schulen. Bei allem Engagement des Regierungsrates: Ich möchte auch noch als Fraktionssprecher sprechen und bitte deswegen um zwei Minuten mehr Redezeit ...

(Der Vizepräsident bittet den Redner zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'orateur de conclure.) In dem Fall mache ich folgenden Appell: annehmen, aber nicht abschreiben. Fragen Sie sich, ob Sie vor einem Jahr gewusst hätten, was die Loverboy-Problematik ist. Falls nicht, schreiben Sie den Vorstoss nicht ab. Denn es braucht noch viel mehr Aufklärung bei all dem Guten, das schon läuft.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir hatten vorgängig abgemacht, dass Grossrat Kullmann sowohl als Motionär als auch als Fraktionssprecher sprechen darf, also insgesamt vier Minuten.

Wir kommen zu den Fraktionen. Zuerst Grossrat Daniel Arn für die Fraktion der FDP.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). Als Vater von mehreren Kindern, davon zwei Girls im Alter von 15 und 16 Jahren, darf ich feststellen, dass diese Thematik an den Schulen sehr verantwortungsvoll behandelt wird. Es wird thematisiert. Es gibt externe Spezialisten. Diese arbeiten mit umfangreichen Unterlagen, und wir Eltern werden einbezogen und bestens informiert. Wir Eltern sind natürlich happy und sehr, sehr dankbar für die Art und Weise der Behandlung dieses Themas in der Schule. Das heisst für uns, dass die Forderungen der Motionäre also bereits erfüllt sind. Die ERZ, beziehungsweise auch die Lehrpersonen, werden im Rahmen des Lehrplans 21 natürlich weiter an diesem Thema arbeiten und dieses nicht vergessen.

Ich möchte aber an dieser Stelle noch anmerken, dass mit dem Delegieren solcher Themen an die Schule das Problem nicht einfach gelöst ist. Grundsätzlich sollen die Erziehung und das Weitergeben von Werten immer noch zu Hause stattfinden. Auch wenn sich die Familienmodelle laufend ändern, spielt das keine Rolle: Die Verantwortung bleibt, und nicht jedes erzieherische Problem kann an die Schule delegiert werden. Wir stimmen wie die Regierung.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP). Als Mitmotionärin, aber auch als Fraktionssprecherin ist es mir wichtig, dass wir als Parlament, aber auch als Gesellschaft – und dazu gehören die Schule und das Elternhaus – das Problem der Loverboys kennen, dass wir es verstehen und wissen, wie es entsteht, und dass wir zu dessen Prävention beitragen können. Es ist ein relativ neues Phänomen mit fatalen Folgen für die physische und psychische Integrität der betroffenen jungen Frauen. Umso erfreuter hat die EVP-Fraktion deswegen zur Kenntnis genommen, dass die ERZ bereits im Jahr 2015 in ihrem Merkblatt auf dieses Problem aufmerksam gemacht hat. Allerdings hat unsere persönliche, nicht repräsentative Recherche gerade das Gegenteil meines Vorredners ergeben, nämlich, dass viele Schulleiterinnen und Schulleiter oder Tagesschulverantwortliche und andere in unserem Umfeld noch nichts von der Loverboy-Problematik gewusst haben und dass sie damit ihren betroffenen Schülerinnen dementsprechend auch nicht hätten Hilfestellungen geben können. Sie hätten sie nicht unterstützen oder schützen können. Deshalb ist für uns klar, dass diese Motion noch nicht abgeschrieben werden darf und eine weitergehende Sensibilisierung Not tut.

Betreffend den Menschenhandel im Allgemeinen ist es für uns als Fraktion EVP wichtig zu sagen, dass jeder gemeldete oder nicht gemeldete Fall, jedes betroffene Opfer eines zu viel ist und dass wir alles daran setzen, dass dieses Problem durch Aufklärung oder Prävention bekämpft werden kann. Gleichzeitig danken wir ACT212, Lantana oder anderen kompetenten Fachstellen für ihre wertvolle Arbeit in diesem sensiblen Bereich. Wir wünschen den betroffenen Mädchen, jungen Frauen, Frauen, dass sie den Tritt ins Leben wieder finden und dass es ihnen wieder gelingt, neue vertrauensvolle Beziehungen aufzubauen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Für die Fraktion der Grünen spricht Christa Ammann.

Christa Ammann, Bern (AL). Sexueller Missbrauch ist ein Verbrechen, unabhängig davon, in welchem Beziehungsverhältnis Täter und Opfer stehen. Durch den wiederholten sexuellen Missbrauch von minderjährigen Mädchen, aber auch von Knaben durch dieselbe Täterschaft, ist das Abhängigkeitsverhältnis, beziehungsweise das Machtgefälle zwischen dem Opfer und der Täterschaft, in der Regel riesig. Aus unserer Sicht hat die Schule den Auftrag, Kinder und Jugendliche zu stärken, damit sie Nein sagen können, sie zu stärken, damit sie sich Vertrauenspersonen suchen, wenn etwas nicht gut ist. Diesbezüglich machen die Schulen in der Regel schon viel. Was aber ebenfalls thematisiert werden sollte, ist, dass Kinder und Jugendliche auch dahingehend sensibilisiert werden und lernen sollten, die Grenzen von anderen zu respektieren. Dies scheint, so ist unser Eindruck, dem

Motionär weniger wichtig, will er doch nur die Mädchen über die Gefahren aufklären. Diese Einseitigkeit, also die Prävention auf der Seite von mutmasslichen Tätern, finden wir nicht nur bedenklich, sondern auch inhaltlich falsch. Wie die Antwort des Regierungsrates ausführt, sind die notwendigen Grundlagen, damit die Schulen solche Themen behandeln können, bereits vorhanden. Es gibt das erwähnte Informationsblatt für die Führungspersonen, es gibt Workshops, es gibt auch Workshops zum Beispiel von Amnesty International, wenn es um den Bereich der Menschenrechte geht, wo auch das Thema von Menschenhandel behandelt werden kann, wenn der Lehrer oder die Lehrerin entscheidet, dass dies das Thema ist, welches die Klasse beschäftigt. Dementsprechend sind aus unserer Sicht die notwendigen Grundlagen vorhanden. Für den Rest sollen die Lehrpersonen selber auch ihre Schwerpunkte setzen können, sei dies Loverboy, sei dies sexueller Missbrauch im Allgemeinen, sei dies Beziehungen, Grenzen von Beziehungen und so weiter. Diese Freiheiten sollen die Lehrer haben. Die notwendigen Grundlagen an Fachmaterial sind vorhanden. Dementsprechend folgen wir dem Regierungsrat und werden die Motion annehmen, aber gleichzeitig abschreiben.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Samuel Kullmann, wer hier Prostitution mit Menschenhandel gleichsetzt, hat entweder von Prostitution wenig Ahnung oder von Menschenhandel. Es geht nicht an, dass man die Prostitution wieder aufgrund einer Gerüchteküche mit Menschenhandel gleichsetzt. Dies, nachdem hier drin ganz viele Leute dafür gekämpft haben, dass man mit einem Prostitutionsgesetz versucht, diesen Beruf aus den Niederungen der Vorurteile zu holen und zu einem normalen Job mit klaren Rahmenbedingungen hinzuführen. Es gibt eine Schnittmenge. Diese bestreitet hier drin niemand. Doch genau diese Schnittmenge versucht man eigentlich zu bekämpfen. Damit hat aber die normale, die ordentliche Prostitution von Frauen und Männern in der Schweiz nichts zu tun.

Ich komme zurück auf das wirklich wesentliche Anliegen dieses Vorstosses. Warum bekämpfen wir oder warum wollen wir die Abschreibung? – Kolleginnen und Kollegen, die Schule hat zu tun, da sie je länger desto mehr für alles sensibilisieren muss. Sie muss eine Sensibilisierungskampagne machen gegen Drogenkonsum, für einen vernünftigen Alkoholkonsum, gegen Littering, sie muss Kampagnen machen für Recycling, für den Klimawechsel, für Suizidprävention, für den ökologischen Fussabdruck, für eine verantwortungsvolle Sexualität und, und, und. Ab und zu darf die Schule auch noch ihrem Hauptauftrag nachgehen, nämlich Menschen auszubilden. Wenn man die super Antwort anschaut, sieht man, dass der Aspekt des Loverboys längst bekannt ist, dass es längst thematisiert wird, auch ohne uns Grossrätinnen und Grossräte. Wir müssen nicht wissen, was Loverboys sind. Wir sind de facto, vom Alter her, auch nicht mehr Zielgruppe. Fragt man aber heute einen 16-Jährigen, so weiss er, was ein Loverboy ist. Punktum. Deswegen sind sie schon gut informiert, und deswegen braucht es in diesem Bereich noch mehr, und dies wird hier von der Regierungsrätin auch ganz klar formuliert. Deshalb finden wir, dass nicht noch mehr Handlungsbedarf besteht. Daher möchten wir ganz klar, dass diese Motion abgeschrieben wird.

Jan Gnägi, Walperswil (BDP). Die BDP-Fraktion begrüsst, dass mit der vorliegenden Motion, ein Thema auf das politische Parkett kommt, das ganz sicher nicht unter dem Radar bleiben darf. Dank Samuel Kullmann kennen wir die Problematik nun auch hier drin. Die sogenannte Loverboy-Masche ist ein furchtbarer Trick, welcher zu schlimmen Situation und zu Missbrauch führt. Es ist sicher richtig, dass hier Aufklärung gemacht wird, weil es offenbar immer wieder zu solchen Fällen kommt, auch wenn es schwerfällt, sich dies vorzustellen. Wir sind froh, dass der Regierungsrat dieses Thema ernst nimmt und sind überzeugt, dass Frau Regierungsrätin Häsler hier handeln wird und schauen wird, dass das Thema in den Schulen thematisiert wird, wenn es denn nicht bereits gemacht wird. Die BDP-Fraktion schliesst sich deswegen, mit wenigen Ausnahmen, dem Antrag des Regierungsrates an. Einzelne werden die Abschreibung bestreiten.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Für die SP-JUSO-PSA: M. Peter Gasser.

Peter Gasser, Bévillard (PSA). Au nom de mon groupe, je vous recommande d'accepter la présente motion, mais aussi de la classer. Nous sommes évidemment particulièrement sensibles à cette thématique. A l'instar du motionnaire, nous estimons de la première importance que de pouvoir prévenir et protéger notre bien le plus précieux, soit notre jeunesse, face à de telles agressions. Toutefois, nous estimons également que la réponse gouvernementale est particulièrement bien étoffée et détaillée pour décrire les divers dispositifs qui ont été prévus par la DIP pour éviter les pièges de ces arnaques odieuses.

Depuis de nombreuses années, dans la partie francophone, l'Association pour l'éducation sexuelle à l'école (APESE) dispense des cours d'éducation sexuelle dans chaque cycle de l'école obligatoire. Intégré depuis peu à « Santé bernoise », ce groupe de spécialistes fait un travail remarquable de prévention et d'information auprès de nos jeunes. Toutefois, afin de respecter la sphère familiale, ce cours est facultatif. Fort heureusement, le nombre de demandes de dispenses est très faible, ce qui fait que la très grande majorité de nos enfants sont informés selon leur âge, des divers dangers liés aux faux amis des réseaux sociaux, qui peuvent, heureusement dans de très rares cas, conduire à des situations de dépendance psychique. Comme le détaille le gouvernement, plusieurs organismes existent et viennent en aide aux potentielles victimes. Le premier point de la motion est donc ainsi réalisé. Et pour la documentation, nous estimons également que celle-ci existe. Nous nous permettons toutefois de vous rappeler qu'une prévention digne de ce nom demande des moyens financiers. Etant donné que des demandes récurrentes pour faire des économies sont régulièrement déposées dans le domaine de la prévention, nous espérons que votre sagesse prévaut sur votre économicité.

Ueli Abplanalp, Brienzwiler (SVP). Die Motionärinnen und Motionäre greifen mit der Thematik Menschenhandel, Prostitution von Minderjährigen und speziell mit dem Phänomen der sogenannten Loverboys ein sehr sensibles, zu oft verstecktes, aber sehr wichtiges Thema auf. Grossrat Kullmann hat die Details ausführlich dargelegt. Der Regierungsrat zeigt in seiner sehr umfassenden Antwort indessen auf, dass er die Thematik sehr ernst nimmt und bereits jetzt alles daransetzt, dass unsere Jugendlichen sich offener und kritischer mit der Thematik auseinandersetzen. Er hat bereits 2008 mit dem Kooperationsgremium Menschenhandel KOGE die wichtigen Player zusammengeführt, welche diese Themen sowohl aus strafrechtlicher Sicht als auch seitens der Opferhilfe behandeln. Mehrmals verweist der Kanton auch auf das Beratungs- und Schulungszentrum Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung ACT212. Dies ist ein privat organisierter Verein, der auch von der Öffentlichkeit unterstützt wird. Diese Organisation leistet sehr wichtige Dienste im Themenbereich sexuelle Ausbeutung und ganz besonders zum Thema Loverboys. In der Schule sind verschiedene Möglichkeiten offen, und die Lehrer sind geschult, dieses Thema im Unterricht einzubringen, aber auch, um allfällige Wahrnehmungen aufzudecken und gegebenenfalls Massnahmen zu ergreifen. Viel wichtiger als eine bezeichnete Beratungsstelle ist die Sensibilisierung der breiten Bevölkerung. Dass der Kanton diese Aufgabe wahrnimmt, wird im Vortrag sehr kompetent dargestellt. Die SVP wird die Motion annehmen. Diese kann aber, aufgrund der umfangreichen Massnahmen, die der Regierungsrat darlegt, mit gutem Gewissen abgeschrieben werden. Eine Minderheit der SVP-Fraktion stimmt gegen die Abschreibung, wenn diese bestritten wird. Danke für die Aufmerksamkeit.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Nun gebe ich Regierungsrätin Häsler das Wort.

Christine Häsler, Erziehungsdirektorin. Der Schutz von jungen Menschen ist selbstverständlich, auch mir und dem Regierungsrat, ein grosses Anliegen. Jedes Opfer in diesem Bereich ist eines zu viel, und unsere Kinder müssen unbedingt so gut wie möglich geschützt werden. Dies ist ganz klar. Es fängt damit an, dass man Kinder und Jugendliche in ihrem Selbstwert zu stärken versucht. So früh wie möglich sollen Kinder und Jugendliche Selbstsicherheit bekommen und selbst wissen, was ihnen wichtig ist, wo ihre Grenzen sind und sich entsprechend auch selber wehren können. Sie müssen immer dem Alter entsprechend – dies ist wichtig – auf solche Themen vorbereitet werden. Das ist für die Eltern, aber vor allem auch für die Schulen eine grosse Herausforderung. Bereits im Lehrplan 95, aber auch jetzt, im Lehrplan 21, hat der Kanton Bern grundsätzlich eine gute Grundlage für diese Aufgabe. Aber diese Sensibilisierung, diese wichtige Sensibilisierung kann man nicht nach einem einzigen Schema in jeder Schule umsetzen. Hier braucht es je nach Klasse eine andere Art und Weise, wie man mit dem Thema umgeht und wie man sensibilisiert. Deshalb können Schulen auch auf unterschiedliche Fachpersonen zurückgreifen. Deswegen ist aus meiner und aus unserer Sicht der Weg über eine Loverboy-Lektionseinheit nicht der richtige Weg. Man muss auf die Klassen eingehen können. Man muss altersentsprechend vorgehen können, und man muss auf verschiedenen Wegen darauf achten, dass die Kinder stark werden, dass sie sich der Problematik bewusst sind und dass sie ihren eigenen Weg auch finden.

Wir sind aber bereits sehr aktiv in all diesen Aufgaben. In der Motion – Sie haben es gesehen – ist dies breit dargelegt; verschiedene haben es via Mikrofon gesagt: Im Kanton Bern gibt es zum Beispiel die Beratungsstelle und Schulungszentrum Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung

ACT212 und dort eine professionelle Melde- und Beratungsstelle, welche allen zur Verfügung steht. Es gibt das Merkblatt «Sexuelle Ausbeutung» der ERZ, welches für die Schulen bereitsteht. Es gibt bereits seit 2018 das nationale Präventionsprogramm «Herzprung – Präventionsprogramm für Freundschaft, Liebe, Sexualität ohne Gewalt», welches wir anbieten. Der Lehrplan 21 beinhaltet wichtige Themen wie Beziehung, Liebe, Sexualität und auch Aufklärung, aber auch das Thema Menschenrechte. Zudem werden in den Schulen alle diese Themen auch noch durch die Berner Gesundheit (Beges) unterstützt, und die Schulen können auch jederzeit Fachpersonen zum Thema beiziehen. Die ERZ ist zudem gerne bereit, die Schulen via Newsletter, allenfalls auch via Schulinspektorat noch einmal auf die Problematik, auf die konkrete Problematik, und auf mögliche Lösungswege sowie auf mögliche Hilfen zu sensibilisieren und zu informieren. Wir sind der Meinung, dass wir in diesem Bereich bereits ein sehr breites Engagement haben. Wir werden auch nicht damit aufhören, wir werden dies weiterführen. Dies steht weiterhin zur Diskussion. Einfach eine Lektionseinheit über alle Schulen finden wir aber nicht zielführend. Deshalb nehmen wir einerseits gerne die Motion an. Gleichzeitig wollen wir sie aber abschreiben, um aufzuzeigen, dass diese Massnahmen, die wir jetzt aufgelegt haben, die wir jetzt bereits einsetzen und weiterhin einsetzen werden, die Richtigen in diesem schwierigen, aber wichtigen Bereich sind.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Motion annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung
Vote

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	143
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben die Motion einstimmig angenommen, mit 143 Ja-Stimmen.

Wir kommen noch zur Abschreibung. Wer der Abschreibung zustimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Abschreibung)
Vote (Classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	116
Nein / Non	25
Enthalten / Abstentions	3

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben auch die Abschreibung angenommen, mit 116 Ja- zu 25 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.